

Spinnen die? Da fährt der Papst an diesem Samstag nach Lesbos, um seine Solidarität mit den Bootsflüchtlingen zu zeigen und gegen die Globalisierung der Gleichgültigkeit der Europäer zu protestieren- und, wenn es schlecht für die Deutsche Bundeskanzlerin kommt, auch Angela Merkels Flüchtlingsdeal mit der Türkei. Da stellen sich die katholische und die evangelische Kirche hinter den Flüchtlingskurs dieser Kanzlerin, egal, wie heftig sie gerade aus dem bürgerlichen Lager kritisiert wird. Kirchenvertreter kritisieren die Regierung allenfalls dafür, dass sie beim Asylpaket zwei vor allem darauf setzt, Flüchtlinge schlecht zu behandeln, in der Hoffnung, dass sich das in Afghanistan, dem Irak oder Syrien herumspricht - oder dafür, dass sie diesen wackligen Deal mit der bestenfalls noch halbdemokratischen Türkei abschließt, in der vagen Hoffnung, die Schleuserrouen auf dem Balkan einigermaßen zu schließen. Die katholischen wie die evangelischen Bischöfe in Deutschland haben in den vergangenen Monaten viel Kritik einstecken und auch einigen Hass aushalten müssen für Ihre Haltung in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise. Spinnen die? Die freundliche, wenn auch herablassende Variante dieser Kritik lautet: naja, das sind halt die Gutmenschen, die da ein bisschen naiv Ihre Arme für jeden öffnen, der da kommt und das welchem Grund auch immer kommen will.

Daran stimmt immerhin: diese Haltung ist nicht allein von utilitaristischen Maßstäben bestimmt, davon also, was einem selber nützt, vielleicht auch nur: gerade nützt. Sie ist getragen von ethischen und religiösen Grundsätzen. Ich

denke aber, ausgehend von dem, was ich in den vergangenen Monaten in dieser historisch neuen Situation selber gesehen, in Diskussionen überprüft und, ja, auch angelesen habe: Diese Haltung ist nicht irrational. Sie ist im Gegenteil auf lange Sicht vernünftig, ökonomisch, politisch und gesellschaftlich. Sie ist jene Haltung die es am wahrscheinlichsten macht, dass wir, die Deutschen, wir Europäer, in dieser und der nächsten Generation die Herausforderungen bewältigen können, die die Globalisierung in all ihren Facetten und Widersprüchlichkeiten mit sich bringen wird. Wenn ich sage: Aus meiner Sicht und „am wahrscheinlichsten“, dann heißt das: Die Lösung habe ich auch nicht. Auch ich muss mich in unübersichtlichem Gelände bei schlechter Sicht auf glattem Boden vorwärts tasten. Nein, ich weiß nicht, wie das ausgeht, nein, ich werde ihnen auch nicht sagen können, so oder so wird es gemacht. Ich kann vielleicht ein bisschen Zuversicht verbreiten, mit ziemlich vielen Wenns und Abers. Würde ich versuchen, Königswege aufzuzeigen, käme ich tatsächlich von der Lügenpresse.

Die ethische Perspektive der Kirchen ist festgelegt in zahlreichen Dokumenten seit dem Zweiten Weltkrieg, ob vom Ökumenischen Rat erstellt, ob in Paul VI. Viel zu wenig gewürdigter Enzyklika *Pacem in Terris* von 1963, ob im gemeinsamen Wort der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland, erspare ihnen zahlreiche Zitate. Diese Haltung entstammt aus einer historischen und theologischen Grunderfahrung, die ich hier nur verkürzt darstellen kann: Das wandernde Volk Gottes war selber zu allen

Zeiten bedrängt, heimatlos, geflüchtet, die Israeliten waren Migranten per excellence, Wirtschaftsflüchtlinge in Ägypten und Kriegsdeportierte in Babylonien. Sie waren selber die Fremden, geeint im Glauben an einen Gott, der nah und fremd zugleich war. Und ihre Propheten und Gesetzgeber mahnten sie, dies nicht zu vergessen und selber den Fremden aufzunehmen. „Den Fremdling sollt ihr nicht bedrücken, denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen im Ägyptenland“ heißt es im Buch Levitikus. Das Buch Rut erzählt die anrührende Geschichte der jüdischen Familie, die nach Moab auswandert, und der Moabiterin Rut, die ihrer Schwiegermutter Naomi zurück nach Israel geht, mit den Worten: Wo du bist, da bin ich auch. Lot Engel Sodom

Auch für Jesus ist die Liebe zum Fremden zentral. „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“, sagt er in den Seligpreisungen jenen, die ins Himmelreich kommen, und verdammt die, die das nicht tun. Er sagt: Was ihr dem Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan“. Zentral finde ich die Erzählung vom Barmherzigen Samariter im Lukasevangelium: Was ist das wichtigste Gebot? fragen die Leute Jesus. Er sagt: „Liebe deinen nächsten wie dich selbst.“ Aber wer ist der Nächste, bohren die Schriftgelehrten nach. Und Jesus erzählt die Geschichte des Juden, der unter die Räuber fällt und schwer verletzt am Straßenrand liegt. Der Priester und der Levit gehen ungerührt vorüber, erst der Samariter handelt, der Feind der Juden. Der Fremde, ja: der Feind erbarmt sich des Fremden. Er lädt den Verwundeten

auf sein Reittier und bringt ihn zur Herberge, er zahlt die Unterbringung und Behandlung und sagt am nächsten Morgen zum Wirt: Wenn es noch mehr kostet, lass es mich wissen.

Ich finde die Erzählung wie geschaffen für unsere Situation in Deutschland und Europa. Ja: Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst bedeutet: Liebe den Nächsten, aber liebe auch Dich selbst. Niemand muss sich im Engagement für andere selber zerstören. Im Juristendeutsch wäre dies ein Übermaßverbot, und darauf hat auch der ehemalige Verfassungsrichter Hans Jürgen Papier zu Recht hingewiesen: Die Pflicht eines Staates, einer Gesellschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, endet da, wo seine eigenen Grundlagen in Frage stehen. Wo aber ist dieses Ende? Eine Richtung aber, was das bedeutet, gibt zumindest für Christen die Geschichte vom barmherzigen Samariter. Der Mann ist an seine finanziellen Grenzen gegangen, an die Schmerzgrenze, ohne jede Hoffnung, dafür auch nur ein Dankeschön zu erwarten. So gesehen geht es den Deutschen in der Flüchtlingskrise deutlich besser als dem Reisenden aus Samaria. Ja, es gibt Kosten, es gibt Probleme, die dieses Land auch noch viele Jahre beschäftigen werden, und, auch das muss man in einer widersprüchlichen Mischung aus moralischer Empörung und Erleichterung über die Schließung der Balkanroute sagen: Wer weiß, wie groß die Schmerzen wären, wenn in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch einmal 300.000 Menschen

gekommen wären. Und ja, wer weiß, wie die Lage wäre, steckte Deutschland gerade in einer Wirtschaftskrise.

Aber es hat sich doch auch in den vergangenen Monaten das Land und seine Institutionen als ausgesprochen stabil, flexibel und leistungsfähig erweisen, die Polizei und die Bundesämter, die vielen kommunalen Behörden, die verschiedenen kirchlichen und nichtkirchlichen Hilfswerke – vor allem die vielen Bürger: Mehr als zehn Prozent der Deutschen haben sich in irgendeiner Weise für die Ankommenden engagiert, hat das Sozialwissenschaftliche Institut der evangelischen Kirche herausgefunden, so viele, wie auch in Sportvereinen mitmachen. Ja, es läuft nicht alles glatt, alles andere wäre auch ein Wunder bei 1,1 Millionen Neuankömmlingen. Man immer noch nicht genau weiß, wer gekommen ist und wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge tatsächlich verschwunden sind. Es steht die Frage im Raum, wie viele todesbereite Terroristen sich unter den Schutzsuchenden versteckt haben. Es gibt Gewalt in den großen Unterkünften, und viele der Ankömmlinge bringen ein Welt- Glaubens- und auch Männerbild mit, dass sich mit den Glaubens- und Männerbildern nicht verträgt. Trotzdem: Deutschland steht nicht am Abgrund und nicht vor dem Zusammenbruch. Es gibt keinen Staats- und keinen Gesellschaftsnotstand. Es sind, bei mehr als 80 Millionen Bewohnern, gut eine Million Neue ins Land gekommen. Das geht nicht ohne Knirschen, aber ja, es ist zu schaffen. Faktisch beeinflussen die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und die Entwicklung der

der beitragsfinanzierten Rente das konkrete Leben der Deutschen mehr als die Flüchtlingskrise.

Trotzdem ist seit der Silvesternacht in Köln und anderswo die Stimmung aufgeheizt in Deutschland, viele sagen auch: Sie ist gekippt. Tatsächlich: So, wie vorher die Euphorie der großen Willkommensparty die kritischen Fragen als kleinlich beiseiteschob, so hat sich in diesem Spätwinter der Blick auf das fokussiert, was alles nicht klappt oder künftig nicht klappen könnte; die Sorgen und manchmal auch die irrationalen Ängste bestimmen die Diskussion. Es rächt sich, dass Angela Merkel im August ihren berühmten Satz „Wir schaffen das“ nicht ergänzte: Wir schaffen das, aber es wird Probleme geben, es wird lange dauern, und wir alle müssen uns dafür anstrengen – übrigens auch die Neuankömmlinge. Es rächt sich, dass sich weder Deutschland noch Europa darauf vorbereitet haben, dass viele Flüchtlinge an ihren Grenzen auftauchen würden, dass es keine koordinierte und stimmige Bekämpfung der Fluchtursachen gab, bis dahin, dass das Essen in den türkischen, jordanischen, libanesischen und nordirakischen Flüchtlingslagern knapp wurde und die Menschen sich auf den Weg machten. Seit diesem Januar 2016 haben viele Menschen das Gefühl: In der Flüchtlingskrise wird uns nicht die ganze Wahrheit gesagt, weder von der Regierung noch von der Lügenpresse. Es ist alles noch viel schlimmer, und wir zahlen die Zeche. Die Wahlerfolge der AfD resultieren aus diesem Misstrauen.

Was hilft dagegen? Letztlich nichts weiter als zu versuchen, in allen gegenwärtigen Grenzen der Erkenntnis und des schnell Machbaren die Fakten, Perspektiven und Herausforderungen zu sehen, Pfade zu suchen, wie das Leben mit den Menschen gelingen kann, die da zu uns kommen, die Spannung von Vision und Realität auszuhalten, von Gesinnung und Verantwortung, der verschiedenen Aspekte der Menschenrechte und des Menschengemäßen. Es ist ja eine Polemik, dass Gesinnungs- und Verantwortungsethik so einfach zu trennen sind. Politische Handeln ist immer bestimmt von den Hintergründen und Grundentscheidungen des Handelnden, es ist nie wertfrei. Gott sei Dank, wenn Sie mich fragen. Man solle dies auch so klar benennen, alle Unsicherheiten eingeschlossen und den Satz: Ich weiß es nicht, vielleicht noch nicht.

Mit welchen Menschen werden wir es zu tun haben? Nach allen löchrigen und vorläufigen Statistiken, die ich in unserem Archiv und auf der Seite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gefunden habe, sieht die Lage so aus: Es sind zu zwei Dritteln junge Männer gekommen, wobei derzeit der Anteil der Frauen und der Kinder stark steigt. Es kamen vor allem junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren; in den vergangenen Monaten vor allem aus Syrien, dem Irak und aus Afghanistan. Der Anteil der Migranten aus den Balkanstaaten oder aus dem Maghreb ist inzwischen marginal. Mehr als 60 Prozent der Entscheidungen des BAMF fällt inzwischen positiv aus.

Eine Untersuchung aus dem Jahr 2014 ist zwar in vielen Details überholt, lässt aber doch Rückschlüsse auf die Perspektiven der Flüchtlinge aus den drei wichtigsten Gruppen zu, von denen 75 Prozent der Syrer und fast 90 Prozent der Iraker und Afghanen in Deutschland bleiben wollen. Fast die Hälfte der Afghanen und mehr als 40 Prozent der Syrer haben zehn Jahre und mehr eine Schule besucht, 35 Prozent der Iraker dagegen höchstens vier Jahre oder gar keine; 40 Prozent der Syrer haben eine Ausbildung, aber nur 25 Prozent der Iraker; immerhin 12,6 Prozent der Afghanen gelten als hoch qualifiziert. Der Ausbildungsstand ist also, von je einer hoch qualifizierten und einer quasi-analphabetischen Minderheit abgesehen, bestenfalls mittelmäßig, bei den Frauen noch deutlich schlechter als bei den Männern. Entsprechend hat nur ein Drittel der erfassten Flüchtlinge einen Job, meist ist der schlecht bezahlt und gering qualifiziert, fast alle aber, die den Bamf-Fragebogen ausgefüllt haben, würden sich gerne weiterbilden. Ob sie das dann auch tatsächlich tun oder doch lieber schnelles Geld verdienen wollen, um Schulden zu begleichen oder die Familie in der Heimat zu unterstützen, ist eine der vielen derzeit offenen Fragen.

Andererseits zeigte die Umfrage auch, wie dankbar die meisten Flüchtlinge sind, dass sie in Deutschland sein dürfen. Ermutigendes und Verunsicherndes liegt hier dicht beieinander. Die Integration wird Zeit brauchen, eine Generation, wahrscheinlicher sogar zwei, sagte mir neulich erst Salomon Korn, einer der klügsten jüdischen Intellektuellen in Deutschland, der als Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland



und als Vorsitzender der Frankfurter Gemeinde die Integration der jüdischen Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit vorangetrieben hat. Er hätte alle Grund skeptisch zu sein: In Syrien, dem Irak oder Afghanistan hören die Kinder in der Schule wie in der Moschee, dass Juden ihr UNglück ist. Und doch habe ich kaum einen getroffen, der sich über den jäh erwachten Kleinmut der Deutschen nach der Kölner Silvesternacht wunderte.

Was muss, was sollte getan werden, dass die Integration der größten Einwanderungswelle in Deutschland seit den Heimatvertriebenen gelingt? Und wer sollte es tun? Die banale Antwort auf das „Wer“ klingt wie eine Karikatur: Wir alle. Nein, und noch einmal: Eine Million neue Einwohner aus einem fremden Kulturkreis stellen das Land nicht auf den Kopf. Aber eine Herausforderung sind sie schon, und misslingt sie, kann das ernste Auswirkungen haben: Ghettos in den Großstädten, Parallelkulturen, mehr Kriminalität und Gewalt, religiöse und politische Verwerfungen, Rechtsextremismus, rassistischer Terrorismus.

Vier Bereiche möchte ich exemplarisch nennen: Bund, Länder und Kommunen, die Wirtschaft, die Kirchen, uns Journalisten.

**Bund, Länder, Kommunen:** Man kann nicht leugnen, dass sie die Hauptlast der Integration in den kommenden Jahren tragen werden. Es wird darum gehen, Menschen aus Massenunterkünften in Wohnungen zu bringen.

Sprach- und Integrationskurse zu organisieren und zu finanzieren, die Schulen, das Gesundheits- und Sozialsystem auf die Neuen einzustellen - und auch Rückkehr und Rückführung Durchzusetzen, wo das nötig ist. Den Grundsatz, dass der Staat die Migranten fördern muss, von ihnen aber auch Eigeninitiative fördern sollte, finde ich richtig. Die in der Flüchtlingskrise beschlossenen Asylpakete finde ich da allerdings eher kontraproduktiv. Sie waren stärker von der Hoffnung getragen, durch die schlechtere Behandlung der einen Flüchtlinge die anderen vom Kommen abzuhalten und die deutschen Wähler zu beruhigen als vom Willen, die Aufgaben der Integration anzupacken. Das Integrationsgesetz, auf das sich die Koalition gestern geeinigt hat, finde ich dagegen grundsätzlich einen Schritt in die richtige Richtung. Endlich, nach so vielen Jahren, gibt es ein Integrationsgesetz. Es erleichtert Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt; ich finde es auch kein so großes Problem, in bestimmten Fällen Flüchtlingen, die von Hartz IV leben, einen Wohnsitz zuzuweisen. Oder Integrationsverweigerung auch mit Kürzungen zu bestrafen. Dann muss es aber auch genügend Deutschkurse geben - doch hier fehlen bislang Vision und Wille, ein mutiges und ambitioniertes Bildungsprogramm zu starten. In der Bildungsrepublik Deutschland wäre das eine echte Investition in die Zukunft des Landes. Langfristig braucht es stimmiges Einwanderungskonzept für Deutschland - und irgendwann darüberhinaus für die gesamte EU: mit dem unbedingten Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte, mit Kontingenten für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, mit der Möglichkeit zur Arbeitsmigration nach einem

Punktesystem. Zu einer stimmigen Migrationspolitik gehört aber auch, möglichst zu verhindern, dass Menschen aus Not ihre Heimat verlassen müssen, durch eine faire Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, eine aktive Friedenspolitik, die auch die Begrenzung der Rüstungsexporte einschließt. Wie man das alles bezahlen soll? Eine Flüchtlingssteuer halte ich für wenig sinnvoll, politisch wie ökonomisch. Aber warum nicht eine Sonderbriefmarke auflegen, die jeder kaufen und aufkleben kann, der mag?

**Wirtschaft.** Viele Unternehmen könnten tatsächlich von der Zuwanderung am schnellsten profitieren. Die gut Ausgebildeten, die Ehrgeizigen und Begabten werden bald Arbeit suchen und auch finden, viele Flüchtlingshelfer berichten, wie viele der jungen Männer eine ausgesprochene Aufstiegsmentalität an den Tag legen. Dies bedeutet aber auch, dass die Unternehmen und ihre Verbände eine besondere Verantwortung für die Integration tragen. Sie müssen Ausbildungsplätze anbieten, für die Ausbildung werben, zur Ausbildung ermutigen. Diese Ausbildung ist schon seit Jahren zunehmend nicht mehr nur die Vermittlung eines Handwerks oder bestimmter Qualifikationen, sie ist auch zu einer Zeit der Persönlichkeitsentwicklung geworden, zur Lebensfindung und Lebensbewältigung. Diese Entwicklung wird sich durch die Flüchtlinge noch verstärken. Die Ausbilder und deren Ausbilder werden sich darauf einstellen müssen, dass sie auch eine Bildungs- und Integrationsaufgabe haben. Einen Teil dieser Aufgaben können die Berufsschulen übernehmen; die Bedeutung

der dualen Ausbildung wird steigen. Ob IHKs, Handwerkskammern, Arbeitgeberverbände oder auch Gewerkschaften - alle müssen mitmachen und gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen, weil Arbeit einer der wichtigsten Integrationsfaktoren ist und weil es ein schlechter Weg wäre, den Nutzen, der aus den neuen Arbeitskräften entsteht, zu privatisieren, und Kosten ihrer Ausbildung möglichst der Allgemeinheit zu überlassen. Eine Idee: Es gibt viele Stiftungen, die sich um junge begabte Migranten kümmern, um die politisch-gesellschaftliche Debatte oder die Migrationsforschung. Es gibt aber noch zu wenige Stiftungen und Einrichtungen, die Migranten mit Schwierigkeiten oder aus schwierigen Vierteln fördert, in Eltern oder Kinder aus unteren Schichten investiert, die einfach einen Platz im Leben brauchen. Es gibt zu wenige, die Auszubildende begleitet und Migranten, die sich weiterbilden wollen; die mittleren und gerade kleineren Betrieben zur Seite steht, die gerne Syrer, Iraker oder Afghanen ausbilden würden, aber Sorge haben, dass sie das nicht schaffen. Vielleicht eine Idee für Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handwerkskammern.

**Kirchen:** Die Christen sollen ihrem Gründer Jesus folgen Beispiele der Barmherzigkeit und Solidarität sein - und, sofern Katholiken, dem Papst und seinem Engagement für Flüchtlinge folgen. Da erlebe ich viel Vorbildliches: Egal, ob sie nun für Flüchtlingsobergrenzen sind oder nicht, helfen gerade viele Christen in den Erstaunungs-Einrichtungen und Hallen, verteilen

Kleider, geben Deutschkurse, begleiten Flüchtlinge zum Amt. In vielen Gemeinden wohnen Flüchtlinge in leeren Pfarrhäusern oder Einrichtungen von Caritas und Diakonie; manchmal könnte man sich noch mehr Mut und Kreativität wünschen, aber insgesamt ist beeindruckend, was da geschieht. Die erste Hilfe für die Neuankömmlinge erfolgte vielfach spontan und weniger über die Pfarrer als vielmehr über Facebook, jetzt aber wird es darauf ankommen, die langfristigen Aufgaben anzugehen, die Betreuung traumatisierten Flüchtlinge, die Suche nach bezahlbaren Wohnungen, die Deutschkurse, die Integration. Die Kirchen müssen dem Staat Partner sein, die auch unbequem sind, weil sie Anwälte der Menschlichkeit sein müssen, weil sie Maßstäbe setzen müssen. Sie sollten sich allerdings nicht an die Stelle des Staates setzen wollen und die Sphäre der Politik achten, in der auch Kompromisse geschlossen werden müssen, in der es oft um die Spannung zwischen dem Wünschenswerten und dem Machbaren geht. Wichtig wird auch sein, dass die Kirchen einen ernsthaften interreligiösen Dialog fördern und pflegen, der nicht nur sagt, dass irgendwie alle Religionen den Frieden wollen. Diese so wertschätzende wie auch kritische Auseinandersetzung vor allem mit dem Islam ist notwendig. Sie kann allerdings nur dann gut geführt werden, wenn man um die eigene Religion und Kultur weiß, wenn die eigene Identität klar ist.

**Journalisten** schließlich sind wichtige Vermittler und Ermöglicher von Kommunikation in einer Gesellschaft, in der diese Kommunikation

schwieriger geworden ist - gerade wegen des Internets, in dem jeder seine Nische finden kann, wo er sich nur noch mit Gleichgesinnten austauschen. Sie sollen genau hinsehen, zu den Menschen gehen, den Alteingesessenen wie den Flüchtlingen, denen, die Helfen und denen, die zweifeln, ob das alles gut geht. Sie sollen zuhören und aufschreiben, was gelingt und was nicht. Kultur des kritischen und strittigen Diskurses fördern, keinen Sozialkitsch verbreiten, aber auch keine Vorurteile. Sie sollen das Land spiegeln, aber auch analysieren, wie es weitergehen könnte.

Lohnt sich das alles? DIW Berlin sagt: ja. Indem Flüchtlinge zu Arbeitnehmern, Steuerzahlern, Konsumenten werden, erhöhen sie das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen nach spätestens zehn Jahren. Andere Institute sind da skeptischer – die Worst-Case-Berechnung des IfW Kiel gehen von 55 Milliarden Euro Gesamt-Integrationskosten allein für das Jahr 2022 aus, was durch höhere Steuern und mehr Konsum nur schwerlich auf der anderen Seite einzunehmen wäre. Allerdings gilt diese Berechnung für den Fall, dass bis dahin 6,7 Millionen Flüchtlinge kommen, angesichts der gesunkenen Flüchtlingszahlen ist das nicht sehr wahrscheinlich.

Bundesregierung rechnet angeblich mit insgesamt 3,8 Millionen Menschen, die bis 2022 kommen. Auch mit dieser Zahl hat das IfW gerechnet – dann lägen die Kosten bei 25 Milliarden Euro. Kurz und schlecht: Man kann die Kosten schwer beziffern. Wer jetzt arbeitet, kann nicht sicher gehen, dass er irgendeinen Nutzen von der Investition hat, die das Land da gerade nolens

volens tätig. Auch das merken viele Leute und sagen: Wieso ich? Rechnet man in längeren Zeiträumen, werden die Bilanzen positiver: Zuwanderung löst nicht das demographische Problem Deutschlands, schwächt es aber ab.

Solche Verwertungs- und Nutzensbetrachtungen sind bis zu einem gewissen Grade sinnvoll, haben aber auch ihre Grenzen. Sollten Flüchtlinge tatsächlich das adäquate Mittel gegen die Alterung der Gesellschaft und den Fachkräftemangel sein, müsste man, zynisch gesagt, Fluchtursachen schaffen - daran zeigt sich der Widersinn solcher Rechnungen: Die Menschen fliehen nicht, um die deutsche Rente zu retten oder die Europäer zu besseren Menschen zu machen, indem sie ihnen Gelegenheit zur Hilfe geben. Die Menschen fliehen, weil sie in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen, weil Krieg herrscht, Willkür, Armut. Das ist ein Elend, ein Elend, dem wir uns stellen müssen, an dessen Verringerung und Beseitigung wir arbeiten müssen.

Ich gehe deshalb letztlich aus anderem Grund davon aus, dass Aufnahme der Flüchtlinge sinnvoll war und ist. Hier - auch hier - entscheidet sich, in welcher Weise, wie ein demokratisches und offenes Land auf Herausforderungen der Globalisierung reagieren muss, wenn offenes, demokratisches, und damit gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreiches Land bleiben will. Der Eindruck, dass es keine Alternative gibt, den Bundeskanzlerin Merkel gern erweckt, stimmt ja so nicht. Es gibt ja eine Alternative: die Abschottung, die möglichst unmenschliche Behandlung der

Flüchtlinge, um sie zur Rückkehr in die Heimat bewegen, sie abzuschrecken, sich überhaupt auf den Weg zu machen. Man kann, mit einigem finanziellem, polizeilichem und militärischem Aufwand, Europa dicht machen, Griechenland und Italien leider ausgenommen. Man kann hoffen, so das Eigene zu bewahren und die Probleme der Welt draußen zu halten. Vor allem Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien setzen auf dies Option, auch, weil sie selber keine Erfahrungen mit Einwanderung haben, weil die Angst vor Lemke Fremden dort groß ist. Aber ist dies das Europa, das man will? Es wäre ein Europa des Egoismus, das ängstlich-aggressiv versucht, das Eigene zu bewahren, ohne es in Wahrheit zu können, was zu neuer Angst und Aggressivität führen würde. Es wäre die Herrschaft des Misstrauens gegenüber allen Fremden und allem Fremden. Es wäre der vergebliche Versuch, in einer sich ständig wandelnden Welt statisch zu sein - in der irrigen Hoffnung, dass der Rest der Welt auch statisch bleibt. Ich fürchte, dass die Kosten dieses Modells höher sind als die Kosten, die ein im Grundsatz offenes Europa mit sich bringt, mit einer offenen Kultur, einer offenen Gesellschaft, das den Bedürftigen hilft und die Geflohenen aufnimmt, in der Grundhaltung des barmherzigen Samariters. Dieser Gesamtrechnung sollten wir uns stellen.